

Kleine Unternehmen schaffen Arbeitsplätze

CDA-Landeschef Ralf Brauksiepe zu Gast

Von Alexander Stärk

Aachen. Seit vielen Jahren ist es eine Tradition: Spitzenvertreter der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) besuchen in der Sommerpause Betriebe in der Region. Der neue Landesvorsitzende Dr. Ralf Brauksiepe kommt dem natürlich auch nach: „Mit der Firma Alxtron habe ich zum Beispiel ein gut geführtes Unternehmen kennengelernt.“

Durch die von der jetzigen Bundesregierung eingeführte Steuerreform im Jahre 2000 seien vor allem Großkonzerne entlastet worden: „2000 hatten wir noch 23 Milliarden Euro Einnahmen Körperschaftssteuer. Ein Jahr später mussten wir bereits 700 Millionen Euro Körperschaftssteuer zurückzahlen.“ Es gehe nicht an, dass die Zahl der Arbeitslosen zunehmend steige, kritisierte Brauksiepe. Und von der

„unsäglichen Trennung zwischen Unternehmen und Unternehmern“ müsse man endlich wegkommen: „Gerade die kleinen Unternehmer sind es, die neue Arbeitsplätze schaffen, nicht die Großkonzerne.“ Daher müssten die Unternehmer verstärkt gefördert werden. Der Mittelstand erfahre von der Steuerreform erst im Jahre 2005 Erleichterungen: „Viel zu spät“, so der Aachener CDU-Bundestagskandidat Dieter Bischoff. Bis dahin seien sicherlich weitere 100 000 Insolvenzen zu vermeiden. Brauksiepe plädiert für eine „vernünftige Mittelstands- und Arbeitnehmer-Steuerreform“: Nur so könne „die Wirtschaft wieder in Fahrt kommen“. Reformbedarf bestünde ebenfalls bei der Rente: „Was wir brauchen, ist eine vernünftige Altersvorsorge.“

Laut Dieter Bischoff müssen drei Dinge geändert werden, um mehr



Wollen die hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen: CDA-Landeschef Ralf Brauksiepe, der Aachener CDA-Vorsitzende Klaus Dornseifer, CDU-Landtagsabgeordneter Rudolf Henke und CDU-Bundestagskandidat Dieter Bischoff (von links).
Foto: Andreas Schmitter

Arbeitsplätze schaffen zu können: Abschaffung des Rechts auf Teilzeitarbeit, Steuerreform und Sofortmaßnahmen im Niedriglohnbereich. Der CDU-Landtagsabgeordnete Rudolf Henke sieht als Ausweg

aus der Beschäftigungsmisere nur eine sofortige Korrektur der Steuerreform: „Die Veräußerungsgewinne großer Unternehmen müssen wieder besteuert werden.“

Es könne nicht sein, dass allein

erziehende Mütter hohe Steuern zahlen müssen. Um die Ausplünderung der Kommunen aufzuhalten, müsse die Gewerbesteuerumlage von 30 auf 20 Prozent reduziert werden.